

Wirtschaftspolitik



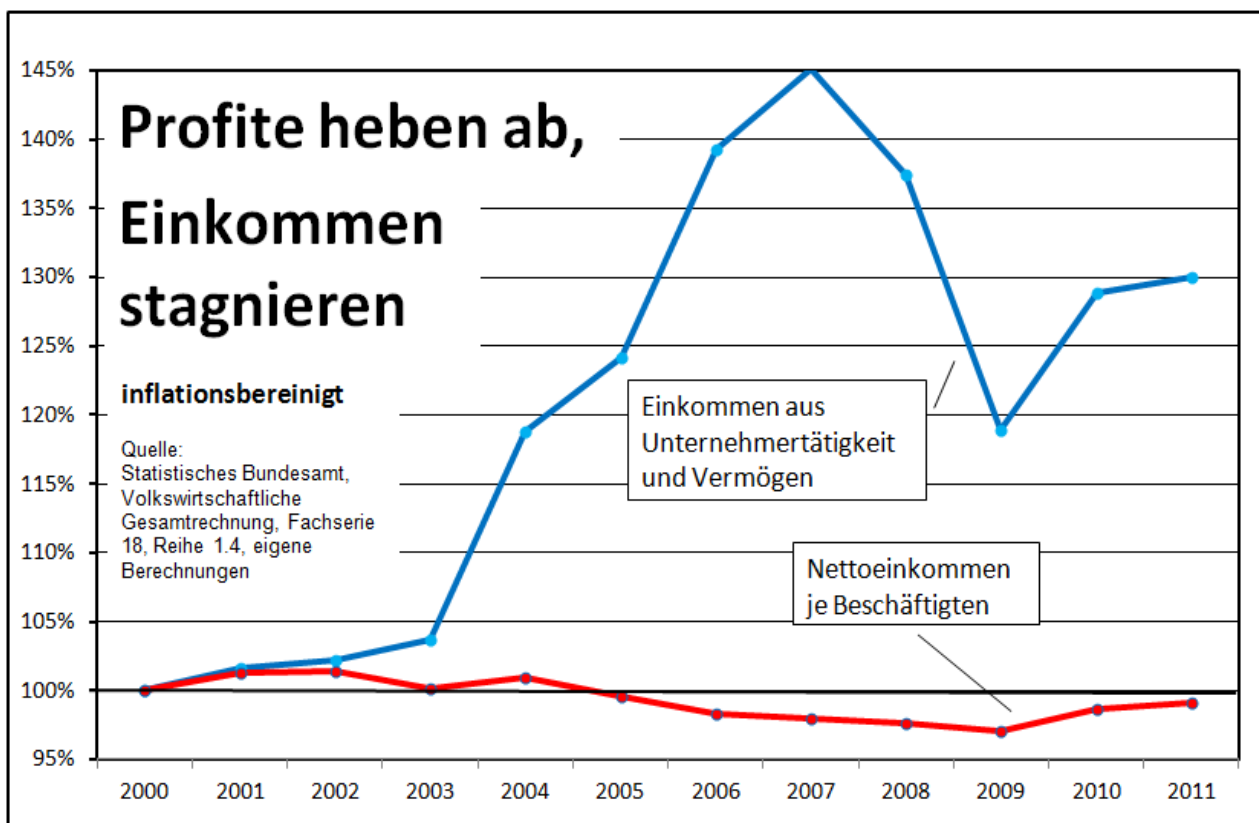
Michael Schlecht, MdB
Chefvolkswirt Bundestagsfraktion
www.michael-schlecht-mdb.de
Januar 2012

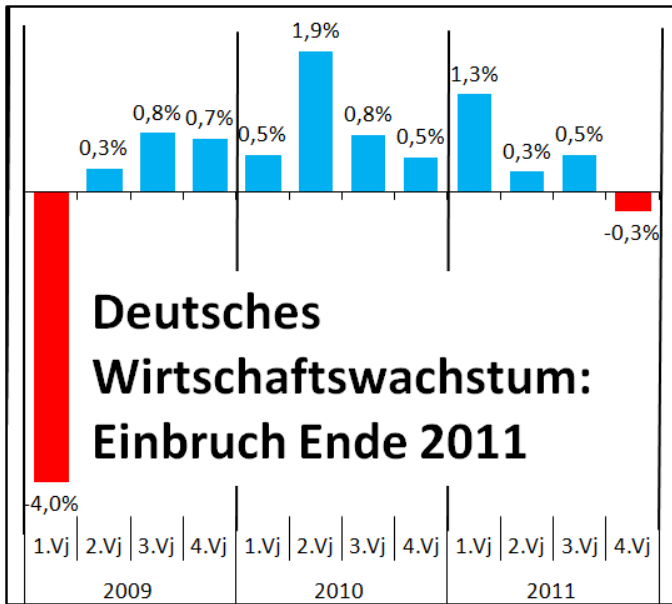
DIE LINKE.

Löhne rauf, Krise stoppen!

Für 2012 sind sich alle Wirtschaftsforschungsinstitute einig: Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland wird deutlich zurückgehen. Im letzten Quartal 2011 gab es bereits einen Rückgang um 0,25 Prozent. Alles spricht dafür, dass es zu einer Rezession kommt. Die Frage ist nur noch: Wie tief und wie lang wird sie sein?

Der Pessimismus gründet sich in dem absehbaren Rückgang bei den Exporten. Die wirtschaftliche Entwicklung 2012 wird maßgeblich von der Binnennachfrage und vor allem von den Lohnsteigerungen abhängen. Die Tarifrunde im Frühjahr hat entscheidende Bedeutung. Vor allem für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den Kommunen und beim Bund,



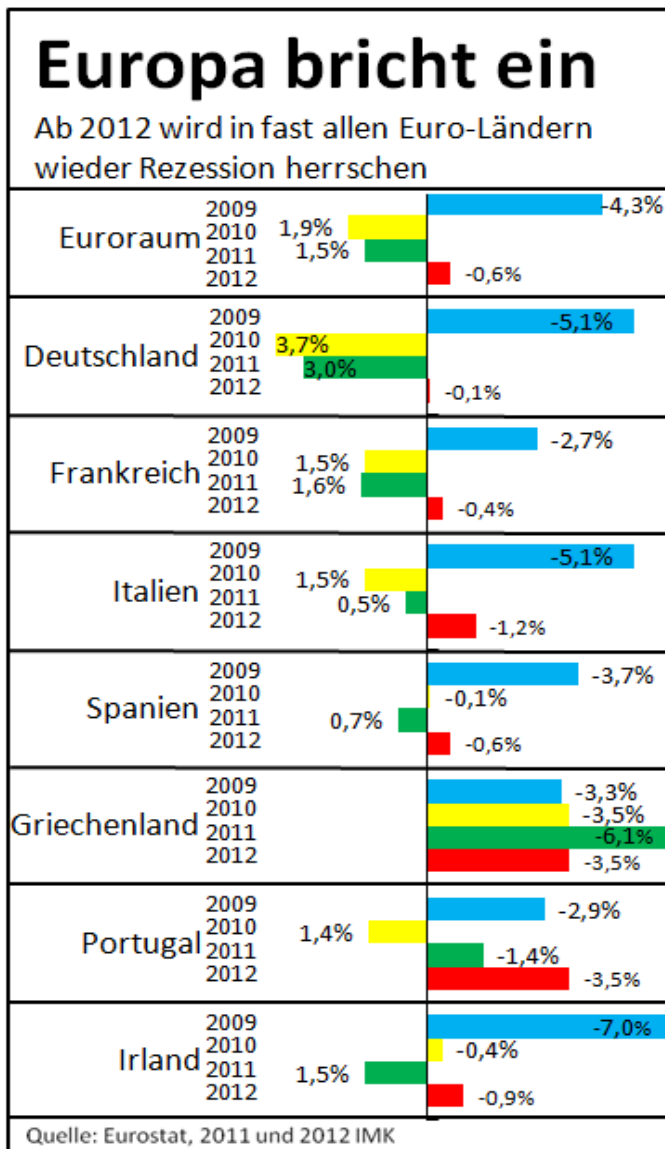


der Metall- und Elektroindustrie, der chemischen Industrie werden Lohnverhandlungen geführt. Sechs Millionen Kolleginnen und Kollegen sind unmittelbar betroffen.

Der Gefahr des Abgleitens in eine deutliche Rezession kann nur begegnet werden mit kräftigen Lohnerhöhungen. Es besteht ein gewaltiger Nachholbedarf. Die preisbereinigten Nettoeinkommen je Beschäftigten sind von 2000 bis 2010 gesunken! Um knapp zwei Prozent nach der Rechnung des Statistischen Bundesamtes, nach anderen, so der Internationalen Arbeitsorganisation sogar um 4,5 Prozent. Gleichzeitig sind die Gewinn- und Vermögenseinkommen um mehr als 30 Prozent gestiegen; wohlgermerkt auch preisbereinigt.

Wären die Löhne zumindest entsprechend der Produktivität gestiegen, müssten sie heute zwölf Prozent höher sein. Der Verlust für die Beschäftigten in Deutschland betrug rund 1000 Milliarden Euro, also eine Billion! Um diesen Betrag sind sie seit 2000 enteignet worden.

Dies ist nicht nur ein sozialer Skandal. Es ist auch wirtschaftspolitisch verheerend. Bekommen haben das Geld die Reichen. Menschen, die ohnehin schon alles haben, was man zum Leben, zu einem luxuriösen Leben braucht. Sie geben es nicht aus, sie können es gar nicht ausgeben. Das Geld, das man uns vor-enthalten hat wanderte als Spielgeld ins Casino. Mit unserem Geld, um das man uns betrogen hatte, wurde die Blase auf den Finanzmärkten aufgebläht.



Exportpanzer beginnt zu stottern

2010 und 2011 wurde von der Regierung ein Aufschwung mit deutlichen Wachstumsraten bejubelt. Die massive Exportorientierung der deutschen Wirtschaft war der entscheidende Grund dafür. Billionenschwere Konjunkturprogramme vor allem in China und den USA boten den deutschen Exporteuren gute Absatzmärkte. Mit den Lohnkostenvorteilen durch das Lohndumping konnten weiterhin die Exporte auch in Europa gesteigert werden.

Da gleichzeitig die Importe wegen der beschränkten Nachfrage aus Deutschland nur schwach zulegten, stieg der Außenhandelsüberschuss. Dieser Anstieg wirkt sich als Wachstumsbeitrag für die deutsche Wirtschaft aus. Der Preis: Die anderen Länder weisen ein immer weiter wachsendes Außenhandelsdefi-

zit auf und müssen sich entsprechend mehr verschulden.

Diese durch die Außenhandelsungleichgewichte bewirkte Verschuldung in vielen Ländern ist durch die seit 2008 offen ausgebrochene Finanzkrise zusätzlich verschärft worden.

Die Banken wurden von den Staaten mit hunderten von Milliarden gerettet um den Preis der weiteren Verschuldung. Besonders massiv war dieser Effekt in Irland. Dort haben sich die staatlichen Schulden um 76 Prozentpunkte des Bruttoinlandsprodukts erhöht. Vor der Krise konnte man in Irland mit einer Verschuldung in Höhe von 25 Prozent des Bruttoinlandsproduktes kaum von Schulden-„berg“ reden.

Aber auch in Deutschland wurden die Staatsschulden in den letzten beiden Jahren um 400 Milliarden Euro erhöht, davon alleine um 250 Milliarden wegen der Bankenrettung. Seit Beginn der Krise sind die Staatsschulden in Deutschland dadurch um 14 Prozentpunkte bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt gestiegen.

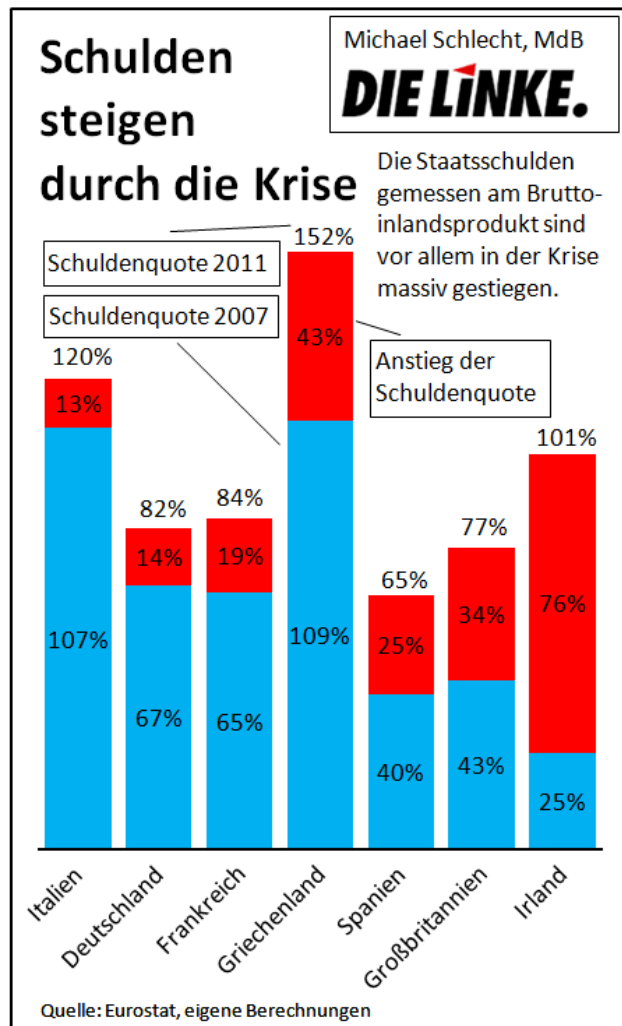
Die Staaten haben diese Rettungsaktionen der Banken durch zusätzliche Schulden bei den Banken finanziert. Nach der Rettung entstand die Verunsicherung, ob denn die Staaten diese Schuldenlast tragen können. Dies führte zur Verschuldungskrise, die durch Spekulation noch massiv verschärft wurde.

Merkels Kürzungsdiktat trifft Exporte

Die deutsche Regierung, allen voran Merkel, wehren sich gegen eine ausgeglichene Außenhandelspolitik und auch gegen die Kontrolle der Banken und Finanzmärkte. Ihre Politik heißt Abbau der Staatsschulden durch massive Konsolidierungsprogramme.

Alle bereits beschlossenen Kürzungen in Italien belaufen sich auf 130 Milliarden Euro. Das ist der absolute Negativrekord. In Frankreich sollen bis 2016 100 Milliarden gestrichen werden. Und in Großbritannien ist geplant die öffentlichen Haushalte bis 2014 um 95 Milliarden Euro abzuräumen.

Auf dem EU-Gipfel im Dezember 2011 haben sich die Regierungen verpflichtet, ihr Haushaltsdefizit bis 2014 auf unter drei Prozent der



Wirtschaftsleistung zurückzufahren – trotz Wirtschaftskrise. Wird dies umgesetzt, müssen insgesamt fast 600 Milliarden Euro aus den öffentlichen Haushalten der EU-Staaten gepresst werden.

„Sparen hilft nicht. Das ist mehrmals probiert worden, zum Beispiel 1929 - es hat aus einem schwarzen Freitag an der Börse eine große Depression gemacht.“

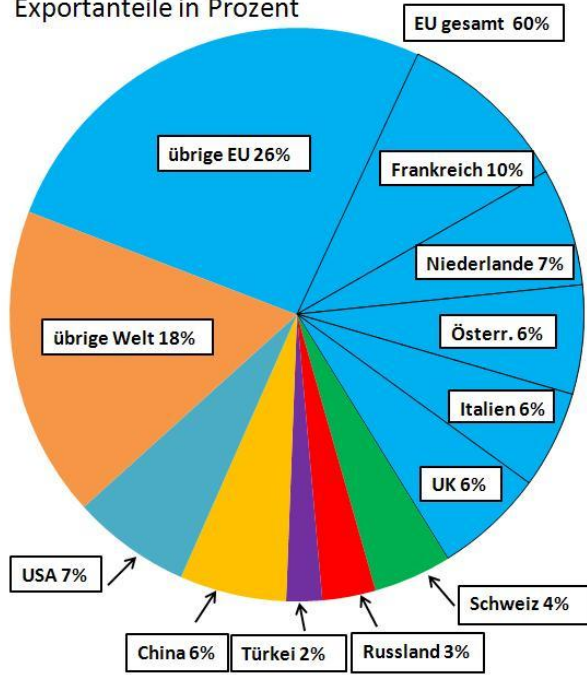
Ökonomie-Nobelpreisträger Joseph Stiglitz im F.A.S. Interview, 28.08.2011

Und es gibt eine Vereinbarung, dass die Gesamtverschuldung in jedem Staat auf 60 Prozent der Wirtschaftleistung in den nächsten 20 Jahren herunterzufahren ist. Dann müssen insgesamt 2,8 Billionen Euro gekürzt werden!

In den bereits beschlossenen Programmen gibt es auch Steuererhöhungen. Jedoch gehen diese zumeist zu Lasten der Menschen mit mittleren und unteren Einkommen. Sie werden dann

Wohin gehen die deutschen Exporte? 1. Halbjahr 2011, Exportanteile in Prozent

Michael Schlecht, MdB
DIE LINKE.



Quelle: Destatis und eigene Berechnungen.

doppelt getroffen, neben den Kürzungen bei öffentlichen Diensten, Gesundheitsvorsorge usw.

Faktisch exportiert Merkel die deutsche Agenda 2010 in verschärfter Form in alle europäischen Länder: Schleifung des Kündigungsschutzes

und der sozialen Standards. Außerdem werden Lohnkürzungen im öffentlichen, zum Teil auch im privaten Sektor durchgesetzt. Die Binnen-nachfrage in den Ländern bricht als Konsequenz in sich zusammen.

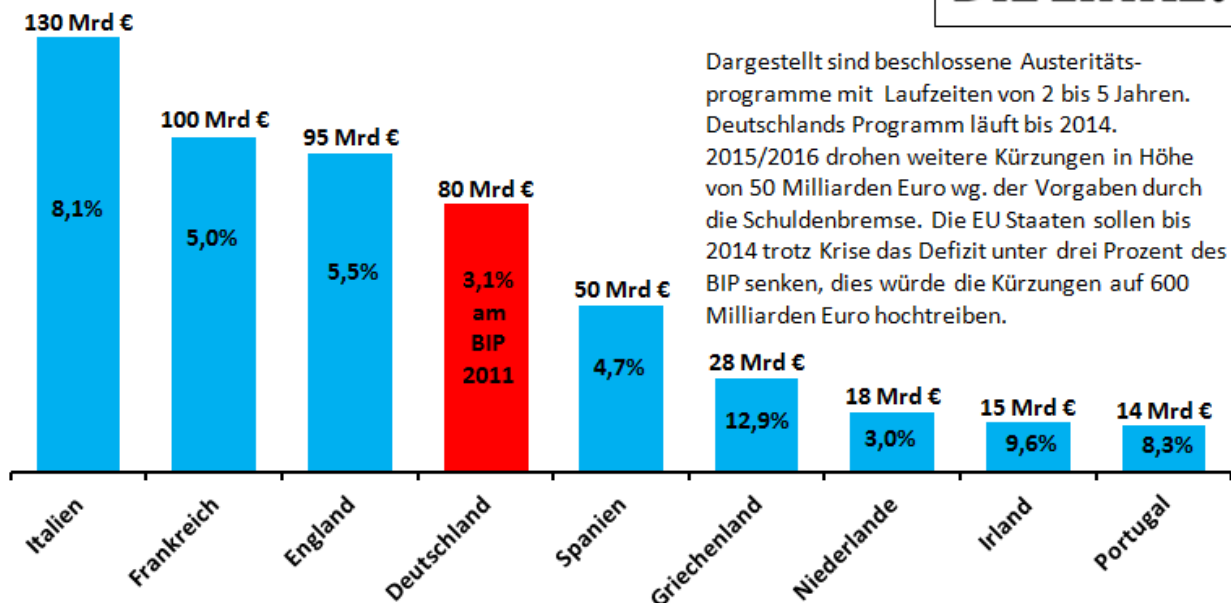
In Griechenland sind die Folgen besonders dramatisch. Die Wirtschaft brach dort in Folge der verordneten Kürzungsprogramme 2010 um 3,5 Prozent und 2011 um mehr als sechs Prozent ein. Seit 2009 beträgt der Rückgang der Wirtschaftsleistung rund 13 Prozent. 2012 droht es mit 3,5, möglicherweise mit sieben Prozent weiter abwärts zu gehen. In der Folge brechen die Steuereinnahmen ein und das Desaster der Staatsfinanzen wird weiter verschärft.

Die Abkühlung, ja zum Teil Strangulierung der Wirtschaft bei den EU Partnern hat geringere Absatzmöglichkeiten für deutsche Exporte zur Folge. Mehr als 60 Prozent der deutschen Exporte gehen in die EU, gut 40 Prozent in die Eurozone. So schlägt ein Einbruch in den EU-Staaten auf die deutsche Wirtschaft zurück.

In der EU ist die Wirtschaft 2011 voraussichtlich um 1,6 Prozent gewachsen. Für 2012 erwartet die EU-Kommission nur noch ein Plus von 0,6 Prozent. Das IMK schätzt dies als zu optimistisch ein und geht von einem Rückgang um 0,1 Prozent aus.

Europa "spart" sich in die Krise

Michael Schlecht, MdB
DIE LINKE.



Dargestellt sind beschlossene Austeritätsprogramme mit Laufzeiten von 2 bis 5 Jahren. Deutschlands Programm läuft bis 2014. 2015/2016 drohen weitere Kürzungen in Höhe von 50 Milliarden Euro wg. der Vorgaben durch die Schuldenbremse. Die EU Staaten sollen bis 2014 trotz Krise das Defizit unter drei Prozent des BIP senken, dies würde die Kürzungen auf 600 Milliarden Euro hochtreiben.

Quelle: The Telegraph, BBC News, Ameco Datenbank, eigene Berechnungen

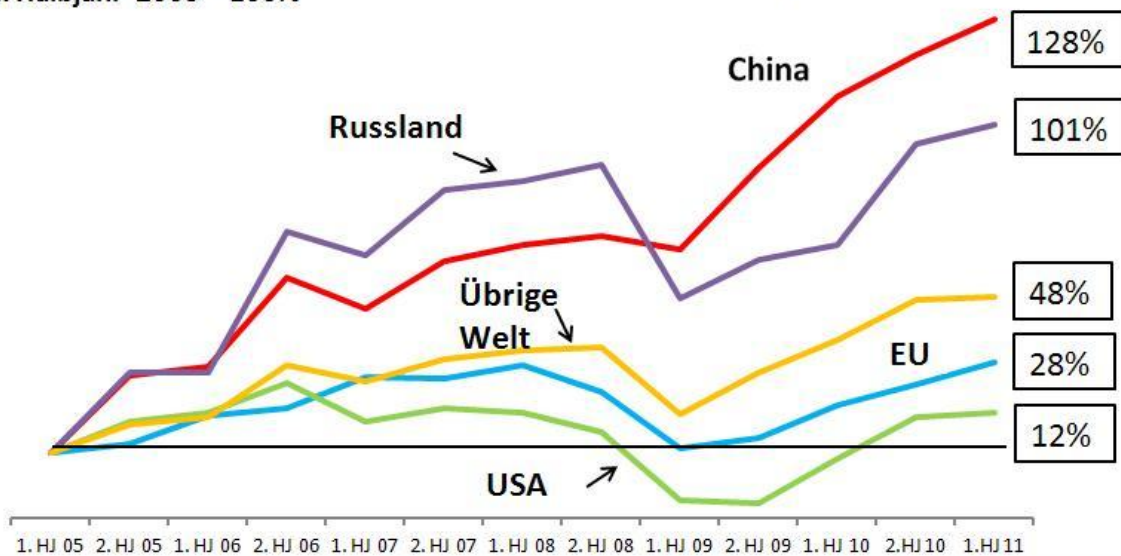
Wie verändern sich die deutschen Exporte in die jeweiligen Länder?

Michael Schlecht, MdB

DIE LINKE.

1. Halbjahr 2005 = 100%

Anstieg seit 2005 um:



Exporteinbruch wird nicht aufgefangen

Ein Ausgleich eines Einbruchs der Exporte in die EU-Länder durch eine Steigerung der Exporte in andere Regionen der Welt ist kurzfristig allein wegen des umzulenkenden Exportvolumens unwahrscheinlich. Zumal die Wirtschaft bei anderen wichtigen Außenhandelspartnern auch nicht rund läuft.

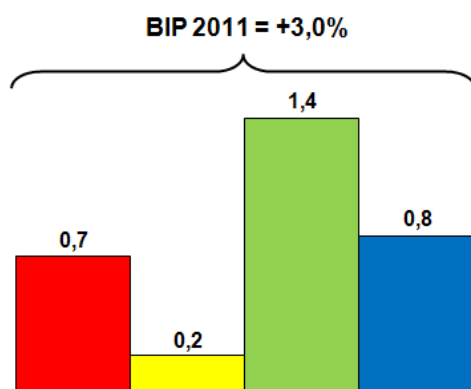
Der größte außereuropäische Handelspartner Deutschlands sind die USA mit einem Anteil von sieben Prozent an den deutschen Exporten. Die Aussicht der Wirtschaft in den USA hat sich zwar wieder etwas aufgehellt. Nach einem Wachstum von 1,7 Prozent in 2011 erwartet die OECD für 2012 ein Wachstum von zwei Prozent. Damit liegt es aber immer noch deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt von knapp

Wachstumsbeiträge

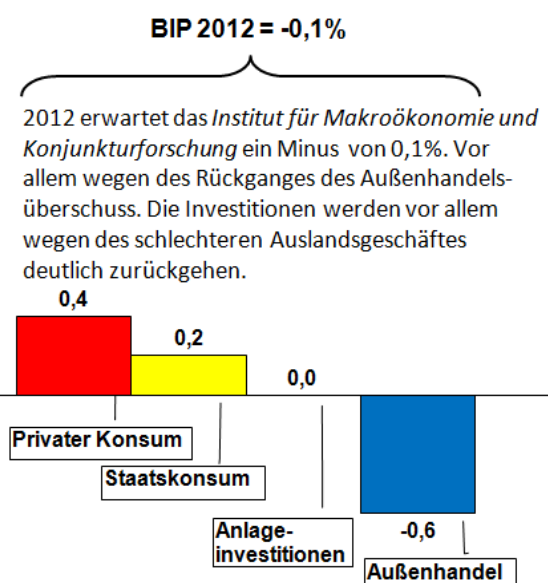
Welche Bereiche der Volkswirtschaft treiben das Wachstum an?

Michael Schlecht, MdB

DIE LINKE.



2011 ist das Wachstum vor allem durch den Export und vor allem dadurch ausgelöste Investitionen der Unternehmen befördert worden.



drei Prozent. Zumal sich die Dynamik der Exporte in die USA bereits vor der Krise abschwächte. Seit 2005 stiegen die deutschen Exporte um insgesamt 37 Prozent, die Exporte in die USA hingegen nur um 12 Prozent.

Mit am rasantesten entwickelten sich die deutschen Exporte nach China. Seit 2005 weisen sie eine Steigerung um nahezu 130 Prozent auf. Mittlerweile gehen immerhin sechs Prozent der deutschen Exporte nach China. Die chinesische Wirtschaft wird immer noch um neun Prozent im Jahr 2012 wachsen, allerdings ist dies ein deutlicher Rückgang zum Vorjahr und das niedrigste Wachstum seit zehn Jahren. Deshalb ist mit keiner nennenswerten Ausweitung der Exporte nach China zu rechnen.

Auch in anderen, sogenannten „aufstrebenden Schwellenländern“, wie Brasilien, Russland, Indien und Südafrika ist mit einer nachlassenden Dynamik zu rechnen. An diese Staaten gingen zuletzt bereits mehr als zehn Prozent der deutschen Exporte.

Exportorientierung wird zum Problem

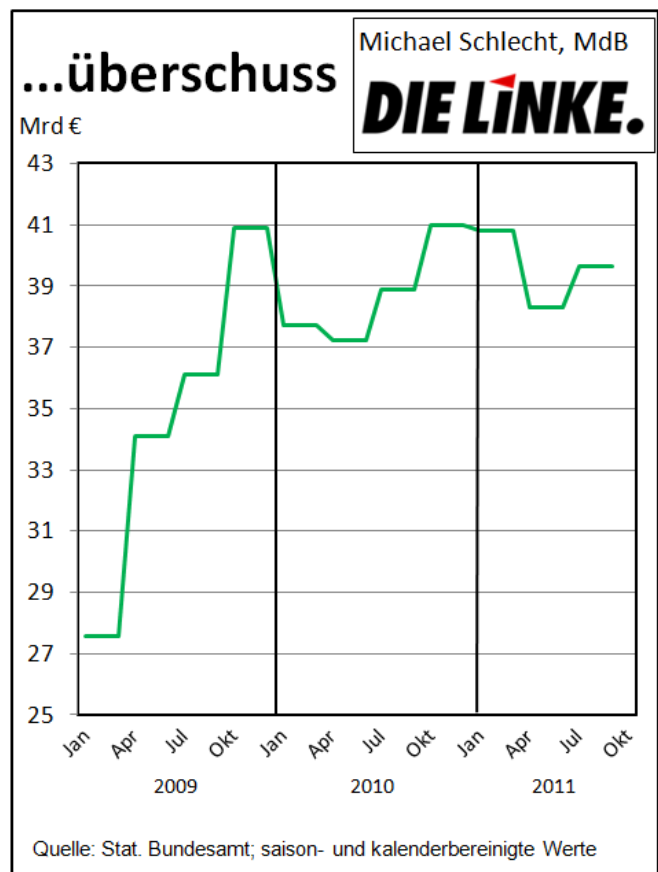
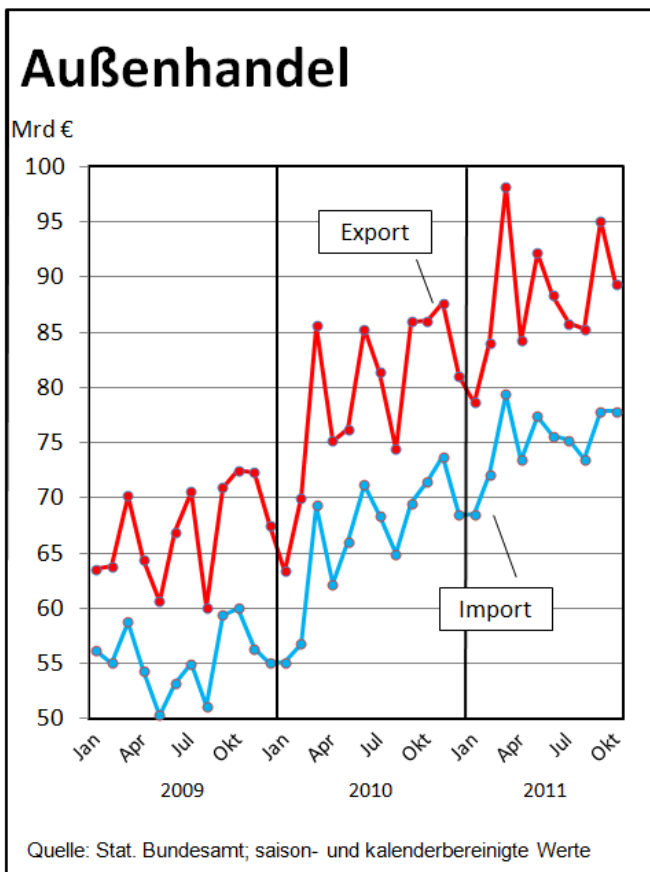
In allen Prognosen wird von der Verringerung der Exporte und auch des Außenhandelsüber-

schusses und sogenannten Außenbeitrages ausgegangen. Der Sachverständigenrat geht von einer Belastung des Wachstums um minus 0,4 Prozentpunkte aus, dass IMK um minus 0,6 Prozentpunkte.

Der Rückgang der Wirtschaftsleistung im vierten Quartal 2011 um 0,25 Prozent zeigt, dass es bereits abwärts geht. Alles deutet darauf hin, dass ab Oktober die Exporte sich schlechter entwickelt haben. Bis Oktober – bis dahin liegen Daten vor – war der Außenhandel noch recht stabil.

Die Exporte lagen bis in den Herbst hinein mit rund 90 Milliarden Euro im Monat sehr hoch. Der Außenhandelsüberschuss lag im Herbst 2011 immer noch auf einem gleichbleibenden hohen Niveau. Um rund 40 Milliarden Euro liegen Quartal für Quartal seit Ende 2009 die Exporte höher als die Importe. Damit muss sich das Ausland in exakt dieser Höhe beständig mehr verschulden. Seit Oktober dürfte der Außenhandelsüberschuss sich vermindert haben.

Bei den monatlich gemeldeten Auftragseingängen lassen sich deutliche Trends für den Rückgang festmachen. Die Auftragseingänge der Industrie aus dem Ausland bzw. aus der Euro-



zone sind seit der Spitze im Juni 2011 mittlerweile um 15 Prozentpunkte zurückgegangen. Auch die Nachfrage aus dem Inland lässt nach; der Rückgang gegenüber dem Spitzenwert im Mai beläuft sich auf annähernd 20 Prozentpunkte.

In den gewerkschaftspolitisch strategisch wichtigen Bereichen des Fahrzeug- und Maschinenbaus sieht die Lage noch günstig aus. Die Aufträge aus dem Inland sowie aus dem Euroausland sind bisher relativ stabil. Lediglich im Maschinenbau hat es aus dem Nicht-Euro-Ausland seit Beginn 2011 einen Rückgang um 20 Prozentpunkte gegeben.

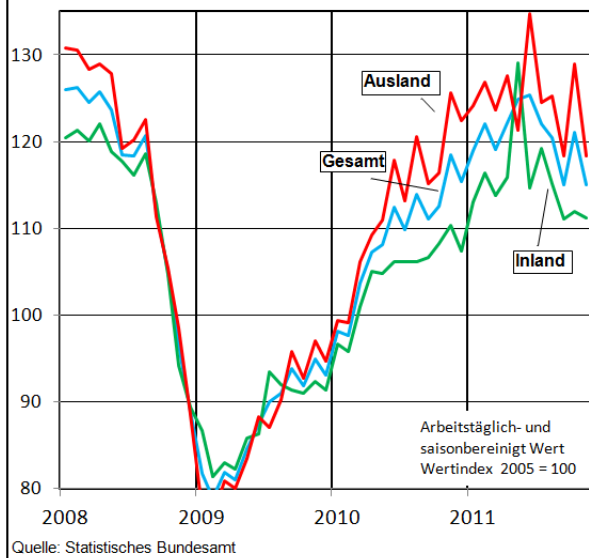
Stärkung der Binnennachfrage

Diese bislang noch relativ stabile Situation ist vor dem Hintergrund der im Frühjahr anstehenden Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie von großer Bedeutung. Denn stabile wirtschaftliche Rahmenbedingungen in den Betrieben sind hilfreich für eine kraftvolle Tarifrunde mit deutlichen Lohnerhöhungen.

Deutliche Einkommensverbesserungen sind von großer Bedeutung. Sie entscheiden über die Verbesserung der Lebenslage von Millionen von Menschen. Dies betrifft die unmittelbar betroffenen Beschäftigten, aber auch die Sozialkassen, die Renten-, Pflege- und Krankenversicherung. Die Lohnentwicklung ist die zentrale Stellschraube für unsere Lebensverhältnisse.

Auftragseingang Industrie

Michael Schlecht, MdB
DIE LINKE.



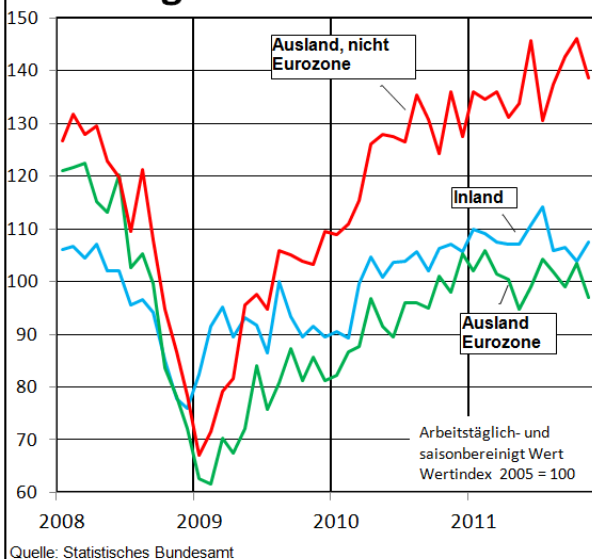
Und die Lohnentwicklung entscheidet darüber, ob eine Umsteuerung der Wirtschaft zu einem größeren Gewicht des Binnenmarktes eingeleitet werden kann.

Die wirtschaftliche Entwicklung in 2012 wird maßgeblich von der Binnennachfrage abhängen. Sie ist für rund zwei Drittel der wirtschaftlichen Entwicklung verantwortlich.

Der wichtigste Faktor ist dabei der private Konsum. Von ihm hängt entscheidend ab, ob Deutschland in Anbetracht eines rückläufigen Außenbeitrages in die wirtschaftliche Stagnation oder Rezession gerät.

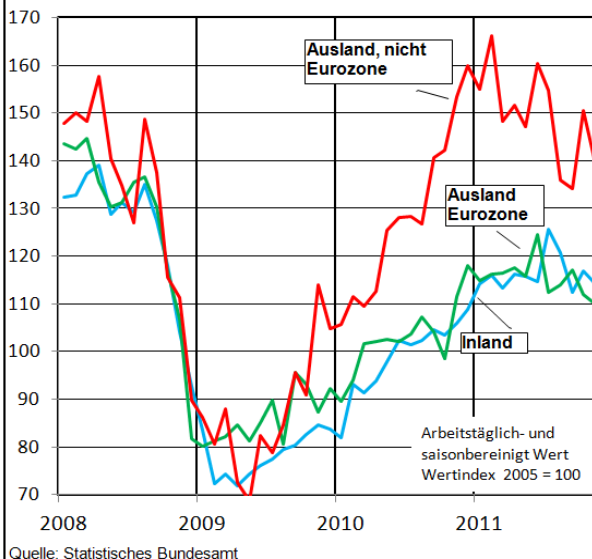
Auftragseingang Fahrzeugbau

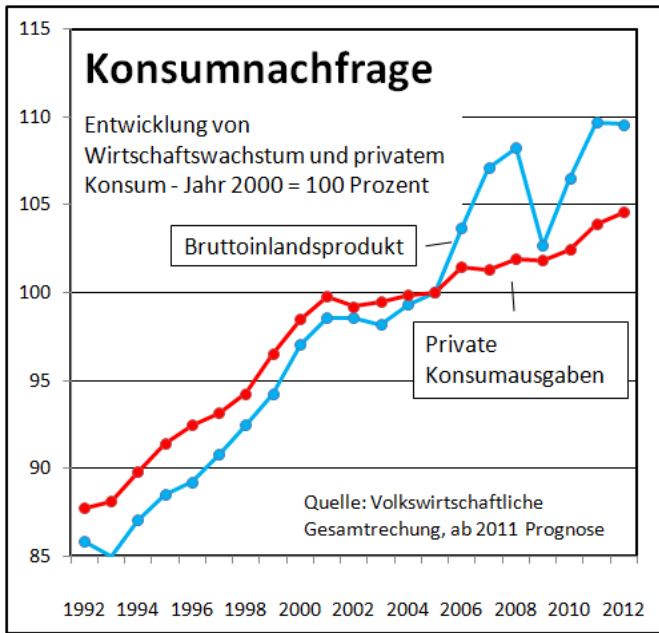
Michael Schlecht, MdB
DIE LINKE.



Auftragseingang Maschinenbau

Michael Schlecht, MdB
DIE LINKE.





In den letzten fünf Jahren legte das Bruttoinlandsprodukt im Schnitt um rund 1,3 Prozent jährlich zu, gleichzeitig stieg der Konsum der privaten Haushalte jährlich durchschnittlich nur um rund 0,4 Prozent. 2011 lief es ausnahmsweise etwas besser mit plus 1,4 Prozent. Dies brachte einen Wachstumseffekt von 0,7 Prozentpunkten.

Aber für 2012 prognostiziert das IMK bereits wieder einen deutlich schwächeren Anstieg des privaten Konsums von 0,7 Prozent. Der Wachstumsbeitrag liegt dann nur noch bei 0,4 Prozent. Wenn es gelingt 2012 den privaten Konsum deutlich anzuschieben, den Rückstand, den er gegenüber dem Bruttoinlandsprodukt seit 2004 aufweist, aufzuholen, bestünde nicht die Gefahr, dass Deutschland in eine scharfe und lange Rezession rutscht.

Die Bruttoeinkommen sind 2011 preisbereinigt um 1,9 Prozent gestiegen. Je Beschäftigten gerade einmal um 0,7 Prozent. Das gewerkschaftsnahe IMK geht für 2012 gerademal von einem preisbereinigten Anstieg der Bruttoeinkommen um 0,8 Prozent aus. So wird keine Rezession verhindert! In den Betrieben und in den Gewerkschaften wird erfreulicherweise offensiver diskutiert: Jetzt müsse es endlich deutlich höhere Löhne geben, so der Tenor.

Die Orientierung für eine notwendige Lohnerhöhung kann nicht die althergebrachte Formel der Steigerung der Produktivität plus der Preis-

steigerungsrate sein. Dann gäbe es in etwa das Ergebnis, das das IMK in seiner Rechnung unterstellt: viel zu wenig! Man muss berücksichtigen, dass ein gewaltiger Nachholbedarf existiert. Die realen Nettoeinkommen je Beschäftigten sind von 2000 bis 2010 gesunken!

Und das in einem Land, in dem es immer mehr Milliardäre gibt. Mittlerweile genau 108. Gegenüber 2010 sind im Jahr 2011 17 dazugekommen. Diese Milliardäre konnten ihren Besitz im letzten Jahr zudem deutlich erhöhen. Sie besitzen mehr als 308 Milliarden Euro. Eine Steigerung von 6,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

6,5 Prozent – dies ist eigentlich eine Marke, die für die Lohnerhöhungen der Tarifrunde eine sinnvolle Zielmarke wäre – als ein Abschluss mit 12 Monaten Laufzeit. Dann gäbe es zumindest eine gesicherte Reallohnsteigerung von vier Prozent. Dies wäre ein wichtiger Beitrag um dem Lohndumping der vergangenen zehn Jahre zu begegnen. Und es wäre eine Chance, dass das Land nicht in eine deutliche Rezession abrutscht.

Gewerkschaften stärken

Die Gewerkschaften werden voraussichtlich Forderungen um die sieben Prozent stellen. Da sich eine hohe Kampfbereitschaft abzeichnet, besteht eine gute Chance einen Abschluss mit einer echten Reallohnsteigerung zu erzielen.

Jedoch wird ein Abschluss mit 6,5 Prozent nicht drin sein. Denn die Handlungsmöglichkeiten der gewerkschaftlichen Lohnpolitik sind in den letzten zehn Jahren deutlich schwieriger geworden. Die prekäre Beschäftigung, wie Leiharbeit, Befristungen und Werkverträge, hat sich – nachdem Rot-Grün die Schutzzäune niederriss – immer mehr in die betriebliche Realität hineingefressen. Tendenzen zur Entsolidarisierung wurden befördert und die Angst vor dem Absturz in Hartz IV ist als Gefühl in der Magengegend bei Millionen allgegenwärtig.

Es kommt hinzu, dass sich selbst herausragende Tariflohnabschlüsse nur begrenzt auf die allgemeine Einkommensentwicklung auswirken. Nur noch die Hälfte der Beschäftigten ste-

hen heute unter dem Schutz gewerkschaftlicher Flächentarifverträge. Die Tarifbindung ist in den letzten 15 Jahren deutlich geschrumpft.

Die Gewerkschaften haben die allgemeine gesellschaftliche Lohnsetzungsmacht verloren. Noch in den 1980er Jahren sah die Lage ganz anders aus. Aber insbesondere SPD und Grüne unter Schröder und Fischer haben die Arbeitswelt auf den Kopf gestellt.

Über kraftvolle und kämpferische Tarifrunden hinaus geht es um den Kampf für eine neue Ordnung in der Arbeitswelt. Sie muss wieder auf die Füße gestellt werden. Vor allem benötigen wir die Einführung des *gesetzlichen Mindestlohnes* mit 10 Euro.

Laut einer Studie des Schweizer Forschungsunternehmens Prognos würde ein Mindestlohn von 10 Euro die öffentlichen Haushalte und Sozialversicherungen um 13 Milliarden Euro jährlich entlasten. Damit ließe sich die Erhöhung des Arbeitslosengeldes II auf 500 Euro problemlos finanzieren.

Für fast acht Millionen Beschäftigte würden die Einkommen um mehr als 26 Milliarden Euro steigen. Dies wäre ein deutlicher Beitrag zu Stärkung der privaten Binnennachfrage.

Prognos AG: Fiskalische Effekte eines gesetzlichen Mindestlohns, Basel 26. April 2011

Und bei der *Leiharbeit* ist der Grundsatz der *gleichen Bezahlung* zuzüglich einer Flexibilitätsprämie durchzusetzen, sowie weitere Regulierungen. Dies gilt ebenso für *befristete Arbeitsverhältnisse*.

Die gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten müssen zusätzlich gesetzlich gestärkt werden. Hierzu gehört die Einführung eines *Verbandsklagerechtes*. Dann könnten Gewerkschaften die Einhaltung von Tarifverträgen gerichtlich durchsetzen. Bislang muss dazu ein betroffener Arbeitnehmer selbst aktiv werden. Dies scheitert aber häufig an Unkenntnis über die eigenen Rechte und Angst vor Sanktionen des Arbeitgebers.

Zudem muss es erleichtert werden, Tarifverträge für *allgemeinverbindlich* zu erklären. Zukünftig sollte dafür der Antrag einer Tarifvertragspartei hinreichend sein. Auch der Schutz von Beschäftigten bei einem *Betriebsübergang* ist zu gewährleisten. Bei Wechsel des Inhabers eines Betriebs sollten die alten Tarifverträge, in ihrer jeweils gültigen Fassung unbefristet geschützt bleiben.

Das Sanktionsregime von Hartz IV bzw. der Zwang zur Aufnahme jedes noch so mies bezahlten Jobs müssen beseitigt werden. Es ist nicht nur unsozial, sondern führt auch zu Einschüchterung der Beschäftigten. Mit der Angst vor Arbeitsplatzabbau sind diese erpressbar.

Wenn die Regierung den privaten Konsum stärken wollte, müsste sie ebenfalls das Arbeitslosengeld II auf 500 Euro erhöhen und die Rentenformel wieder herstellen.

Sozial-ökologische Investitionen

Die Binnenwirtschaft muss aber auch vom Staat belebt und das Land ökologisch erneuert werden. Wir brauchen ein dauerhaftes Zukunftsprogramm von 125 Milliarden Euro jährlich. Der Rückstand Deutschlands bei den öffentlichen Investitionen würde beseitigt und alternative Energie sowie Energieeffizienz erhielten einen kräftigen Schub.

Das sozial-ökologische Zukunftsprogramm soll 50 Milliarden Euro für öffentliche Investitionen in Bildung, Verkehr und Energiewende umfassen. Weitere 50 Milliarden Euro sollen Jobs im öffentlichen Sektor, insbesondere in der Bildung und Kinderbetreuung, schaffen. Für einen Zukunftsfonds zur Finanzierung des sozial-ökologischen Strukturwandels der Industrie bzw. öffentlicher Beteiligungen sind 25 Milliarden Euro vorgesehen. Insgesamt entstünden im öffentlichen Sektor wie in der privaten Wirtschaft zwei Millionen neue Jobs. Das Zukunftsprogramm finanziert sich über höhere Steuereinnahmen und die Entlastung der Sozialversicherung zu mindestens 50 Prozent selbst.

Die Kommunen und damit der Lebensmittelpunkt der Menschen würden vom sozial-ökologischen Zukunftsprogramm besonders

profitieren. Denn zwei Drittel der öffentlichen Investitionen laufen über die Kommunen. Dort ist die Situation zum Teil besonders dramatisch. Sie verfügen kaum über eigene Steuermittel. Die Steuerpolitik der Bundesregierung macht es ihnen zunehmend schwerer ihre Infrastruktur zu pflegen. Bibliotheken, Schwimmbäder und Theater werden geschlossen.

Millionäre zur Kasse

Mit dem steuerpolitischen Konzept der LINKEN ließen sich 180 Milliarden Euro im Jahr mehr einnehmen – bei deutlicher Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen. Eine Forderung ist dabei besonders wichtig: Die Wiedereinführung der Vermögensteuer als Millionärsteuer.

DIE LINKE will Vermögen von mehr als einer Million Euro mit fünf Prozent besteuern. Diese Millionärsteuer brächte jährliche Einnahmen von 80 Milliarden Euro. Da die Vermögensteuer eine Ländersteuer ist, schafft sie die Möglichkeit, dass die Länder wieder die finanziellen Zuweisungen an die Kommunen ausweiten.

Das große Risiko: Kollaps des Euro

2011 folgte ein EU-Gipfel zur definitiven Rettung des Euro auf den anderen. Auch 2012 wird dies so weitergehen. Jedoch kann von einer Rettung des Euros keine Rede sein. Vielmehr spricht alles dafür, dass 2012 das „Entscheidungsjahr für den Euro“ wird, so der Chefvolkswirt der Deutschen Bank Thomas Mayer.

Kanzlerin Merkel ist zur heimlichen Kaiserin von Europa geworden und diktiert dem Kontinent eine beständige Verschärfung der Kürzungsprogramme. Zu viele Länder hätten Jahrzehnte über ihre Verhältnisse gelebt, so ihre ebenso schlichte wie grottenfalsche Analyse.

Das Kernproblem der „Euro-Krise“, bei der beständig Druck wie in einem grollenden Vulkan ansteigt, ist das fortgesetzte Anwachsen des deutschen Aushandelsüberschusses. 2011 lag er bei mehr als 150 Milliarden Euro, rund die Hälfte entsteht im Handel mit der Eurozone. Seit 2000 haben deutsche Unternehmer für 1,2 Billionen Euro mehr ins Ausland verkauft als von Deutschland eingekauft wurde. Hierbei

sind die Dienstleistungen, die vor allem wegen des Tourismus der Deutschen ein hohes Defizit aufweisen, mit berücksichtigt.

Wenn ein Land laufend massive Exportüberschüsse erzielt, dann müssen sich die anderen Länder beständig verschulden. Nur so können sie diese Überschüsse bezahlen. Das ist die Hauptursache für die Verschuldung und des Anstieg des explosiven Drucks im Vulkan.

Die Löhne sind in Deutschland seit 2000 um 4,5 Prozent preisbereinigt gesunken. Deshalb tragen die Menschen weniger Geld in die Geschäfte. Dies trifft auch die Importe, sodass viele andere Länder es schwer haben nach Deutschland Waren zu exportieren. Mit dem Lohndumping und den niedrigen Steigerungen der Lohnstückkosten können die Unternehmer die Exporte massiv steigern. In der Scherenbewegung von ausgebremsten Importen und steigenden Exporten explodierte der Aushandelsüberschuss. Bis in die Gegenwart!

*Das deutsche Lohndumping und die Schulden der europäischen Krisenländer sind zwei Seiten derselben Medaille. **Wir haben keine Schulden-, sondern eine Lohnkrise!***

Griechenland hat es als erstes Land getroffen. Bereits im Frühjahr 2010 stand das Land vor dem Kollaps. Seitdem steht es unter dem Kommando der Troika, die vor allem auf Druck Merkels dem Land eine grausame und verhängnisvolle Austeritätspolitik auf herrscht. Sicher gibt es viele interne Probleme, aber diese allein hätten nicht zu dieser verhängnisvollen Entwicklung geführt.

„Gerettet“ wurde bislang vor allem, um die Ansprüche der ausländischen, insbesondere auch deutscher und französischer Banken zu befriedigen. Und es wurde „gerettet“, weil mit einem Fall Griechenlands eine verhängnisvolle Kettenreaktion in anderen Euroländern zu befürchten ist.

Das eigentliche Problem ist Italien. 2012 muss das Land von seinen 1,9 Billionen Euro Staatsschulden rund 300 Milliarden umschulden. Bis Ende April alleine 160 Milliarden Euro. Die Zin-

sen sind schon zeitweise in eigentlich untragbare Höhen von sieben und mehr Prozent gestiegen. Immer wieder nur ausgebremst durch beständig gewaltigere Interventionen der EZB. Fraglich ist, ob Italien dauerhaft genügend Käufer für seine Anleihen findet.

Eine Rezession steht für Italien ohnehin ins Haus, da die Regierung das Land mit einem atemberaubenden Kürzungspaket stranguliert. 130 Milliarden insgesamt, im aktuellen Schritt 30 Milliarden Euro sollen bei der Bevölkerung zusammengestrichen werden. Reiche und Vermögende bleiben fast ungeschoren.

Kommt es zum italienischen Crash, dann werden auch andere Länder in donnerndem Getöse explodieren. In Spanien werden 2012 rund 120 Milliarden Kredite fällig, in den ersten vier Monaten 55 Milliarden Euro. Viele andere Länder, selbst Frankreich, können zu Krisenländern werden. Die Explosion des gesamten europäischen Vulkanbergs droht.

Die Gefahr: Ein Anstieg um eine Million Arbeitslose hierzulande

Die Folgen gerade auch für Deutschland wären dramatisch. Es käme zu einer neuen deutschen Währung. Diese würde abrupt um 30 bis 40

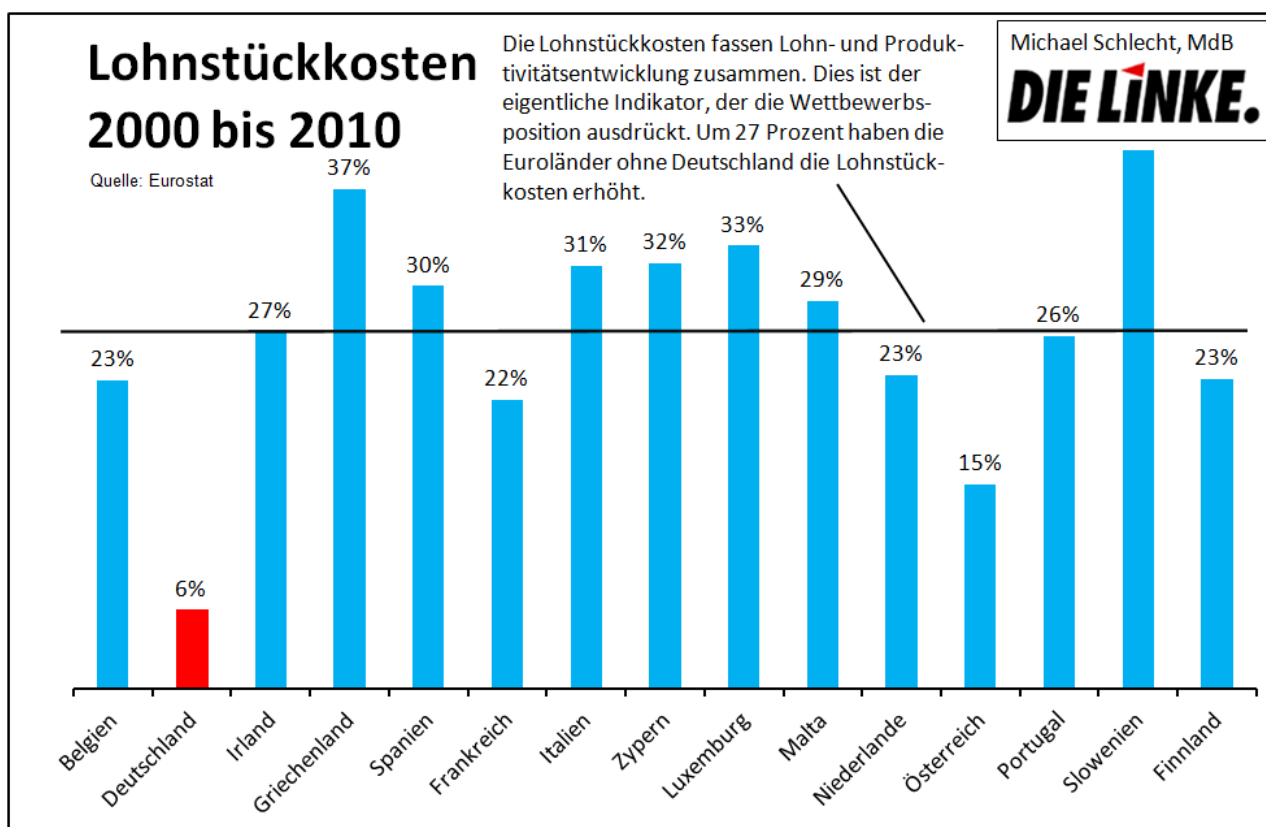
Prozent, manche schätzen sogar 50 Prozent aufwerten. Schlagartig wäre die Wettbewerbsfähigkeit großer Teile der deutschen Exportwirtschaft dahin.

Die konkreten drohenden Folgen sind schwer abzuschätzen. Geht man von einer Aufwertung um 30 Prozent aus, so müsste mit einem Einbruch der Industrieproduktion um acht Prozent und des Bruttoinlandsproduktes von sechs Prozent gerechnet werden. Rund 900.000 Arbeitsplätze wären bedroht. Dies würde in etwa dem Einbruch des Jahres 2009 entsprechen. Allerdings wäre es unwahrscheinlich, dass die Kehrtwende so rasch wieder möglich wäre.

Sollte es zur Aufwertung um 40 Prozent kommen, dann würde das Bruttoinlandsprodukt um neun Prozent abstürzen. Weit mehr als eine Million Arbeitsplätze – 1,3 Millionen – wären gefährdet.

Alternativen

Als Sofortmaßnahme muss die EZB mittels einer öffentlichen Bank die direkte Finanzierung der Krisenstaaten sicherstellen. Dann sind Zinssätze von einem Prozent möglich. Die Finanzierung der Eurostaaten wäre dann der Willkür der privaten Finanzmärkte entzogen,



Spekulanten und Rating-Agenturen ausgeschaltet.

Mittelfristig muss Deutschland wieder zu einer ausgeglichenen Leistungsbilanz gelangen. Die Ungleichgewichte in den Außenhandelsbeziehungen müssen beendet werden. Hierzu gehört, dass die Binnenwirtschaft eine deutlich größere Rolle spielt.

Zentral ist hierbei die Beendigung des Lohndumpings. Deshalb sind kräftige Lohnsteigerungen so wichtig. Darüber hinaus brauchen wir endlich den gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro und die Rückabwicklung der Agenda 2010. Die prekären Arbeitsverhältnisse, die in erheblichem Maße mit zu dem Lohndumping geführt haben, müssen gestoppt werden. Und öffentliche Zukunftsprogramme erhalten für den binnenwirtschaftlichen Umbau eine zusätzliche, zentrale Bedeutung.

Es geht nicht alleine darum die soziale Ungerechtigkeit der Enteignung der arbeitenden Menschen um eine Billion Euro zu beenden. Es geht nicht alleine darum die Bildung für unsere Kinder, die Pflege von Kranken und Alten zu verbessern sowie die öffentliche Infrastruktur

und den ökologischen Umbau sicherzustellen.

Nein, mehr noch: Ohne die massive Stärkung der Binnenwirtschaft, ohne die Beendigung des Lohndumpings hat der Euro keine Chance! Nur mit ausgeglichenem Handel wird die beständige Verschuldung anderer Länder gestoppt.

Dabei ist klar, dass es nicht nur um die Rettung einer gemeinsamen Währung geht. Mit dem Euro steht und fällt der europäische Integrationsprozess. Sicher, wir sind weit entfernt von einem sozialen Europa. Aber wenn der bisher erreichte Stand der europäischen Integration – auch mit all seinen Schattenseiten – zerfällt, ist der Weg zu einem sozialen und solidarischen Europa allemal verbaut. Die Rückkehr zu einem Europa der Nationalstaaten droht dann auf der politischen Agenda zu stehen.

Und man frage sich doch einmal, welche Denkweise dem gut qualifizierten, fleißigen schwäbischen Facharbeiter zuwächst, wenn er mit vielen anderen Kolleginnen und Kollegen im Zuge eines Kollapses des Euros seinen Job verliert. Welche Erklärungsmuster drängen sich auf? Welche Verstärkung drohen dann national-chauvinistische Anschauen zu erlangen?

